

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagshaus: Rieser
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Post-Konto: Dresden 1330
Zitellasse Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Samstag, 1. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Post. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wägen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Mitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Rieseramts oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstellerei: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Eindruck der englischen Wahlen in Berlin.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Wahlunterlage der englischen Arbeiterregierung war allgemein von den Berliner politischen Kreisen erwartet worden und hat daher keinerlei Überraschung hervorgerufen. Man hat sich auch inzwischen bereits darauf eingestellt, daß mit einer grundsätzlichen Veränderung der englischen Außenpolitik zu rechnen ist, die nicht ohne bestimmte Rückwirkungen auf Deutschland bleiben kann. In den reichstehenden politischen Kreisen ist man der Meinung, daß gerade durch den Ausfall der Wahlen in England die Aussichten einer Rechtsorientierung der deutschen Politik sich außerordentlich gebessert haben und daß eine nach rechts erweiterte Reichsregierung feinerer Schärfe erlangen, sondern eher Unterstützung in England finden würde. Der bevorstehende Sturz Macdonalds wird jedenfalls die unter der Arbeiterregierung eingeleitete Ära der ausgedehnten demokratischen Entwicklung der europäischen Politik unterbrechen und einen neuen Kurs einleiten, der sehr wahrscheinlich auch die Unterstützung in Frankreich in absehbarer Zeit beenden würde.

Die grundsätzliche Bedeutung des Wahlerfolges der englischen Konservativen liegt darin, daß die Verhandlungspolitik Macdonalds nicht etwa als gescheitert anzusehen ist, sondern daß gerade diese Politik auch von den bürgerlichen Parteien Englands in verstärktem Maße fortgesetzt werden soll. Der Unterschied zeigt sich lediglich in der Behandlung Englands, das in den englischen bürgerlichen Parteien einen unerbittlichen Gegner besitzt, die es Macdonald verüßelt haben, daß er den englisch-französischen Vertrag abgeschlossen hat. Die Befürworter Englands vor einer kontinentalpolitischen Einordnung in Frankreich und Deutschland sind jedoch viel zu groß, als daß eine neue englische Regierung es unternehmen könnte, die Außenpolitik Macdonalds in Haß und Vagen zu verkommen. In den Kreisen des auswärtigen Amtes besteht der Eindruck, daß die europäische Lage lediglich dadurch vor neue Aufgaben gestellt werden kann, wenn die englischen Konservativen neuerdings die Frage der ausgedehnten Schutzpolitik in den Vordergrund treten lassen. Dadurch könnte eine wesentliche Erleichterung bei den wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und England eingetreten, denn die Volkswirtschaften stehen in einem vollkommenen Gegensatz zu den handelspolitischen Interessen Deutschlands, das kaum in der Lage sein würde, etwa auf der Grundlage der Reichsbesetzung ein Abkommen mit England zu treffen.

Interessant ist übrigens die Einstellung der deutschen Demokraten zu der Wahlunterlage der englischen Liberalen. Die gesamte demokratische Presse nimmt gegen die englischen Liberalen Stellung und begründet ihren Mißfall bei den Wahlen damit, daß sie sich mit den Konservativen gegen die Arbeiterregierung verbündet hätten. Die deutsche demokratische Partei würde ein ähnliches Schicksal erleiden, wenn sie sich auf eine Politik des Bürgerblockes einlassen würde, die lediglich den Rechtsparteien zugute käme, auf der anderen Seite aber zu einer Verschärfung des Klassenkampfes in der Arbeiterpartei führen würde. Die englischen Liberalen hätten sich damit auf absehbare Zeit vollkommen aus der englischen Politik ausgeschaltet, denn nunmehr gesehe es eigentlich nur noch ein Zweiparteiensystem in England, die Konservativen und die Arbeiterpartei. In Deutschland wäre eine solche Entwicklung sehr gefährlich, da dadurch die Mitte vollständig verschwinden würde.

Die Verschleppung der Aufwertung.

W. W. Durch die Auflösung des Reichstages sind natürlich auch die Arbeitsausschüsse für Sonderfragen in die Luft geflogen. Im Juni beschloß der im Mai gewählte Reichstag, einen besonderen (den 18.) Ausschuß für das Aufwertungsproblem einzusetzen, im August wurde zur Prüfung genau formulierter Grundfragen ein Untersuchungsausschuß gebildet. Die Verhandlungen des weitesten wie des engeren Ausschusses haben in der Öffentlichkeit lebhaftes Interesse gefunden. Konnte man die bürgerlichen Parteien im allgemeinen als aufwertungsfeindlich bezeichnen, so war die Reichsregierung aus sehr ersten Finanz- und währungspolitischen Gründen beinahe aufwertungsfeindlich. Der neue Reichstag wird voraussichtlich kurz vor Weihnachten zu einer kurzen Sitzung zusammentreten und dann kaum Zeit finden, einen neuen Aufwertungsausschuß zu bilden. Vielmehr ist dies erst mit Beginn des neuen Jahres zu erwarten, sodas frühestens Ende Januar oder Anfang Februar die Arbeit fortgesetzt werden kann. Voraussetzung ist dabei, daß die meisten Mitglieder des Aufwertungsausschusses wiedergewählt werden; denn es erfordert langwierige Studien, um in dieser komplizierten Frage zu praktischen Vorschlägen Stellung nehmen zu können.

Der gegenwärtige Zustand, daß die öffentlichen Anleihen überhaupt nicht veräußert werden, muß schließlich als ein Rechtsbruch gegenüber den Gläubigern bezeichnet werden. Das Volkswohlstand beweist sich hauptsächlich in zwei voneinander getrennten Gedankengängen. Einmal wird gefordert, daß die Entwertungsgewinnler zunächst der Entwertungsvorteiler enteignet werden müßten. Hierbei ist vorausgesetzt, daß wirklich die Verluste, die ein Teil unseres Volkes erlitten hat, vollständig oder doch fast vollständig einem anderen Teil zugutegekommen sind. Diese

weitverbreitete Ansicht ist grundverkehrt. Wohl gibt es Fälle, in denen der damalige Schuldner heute noch fast den vollen Wert des bei der Rückzahlung von ein paar Pfennigen gesparten Geldes besitzt. In anderen Fällen war wohl eine Verelendung eingetreten, von dem Schuldner jedoch nicht als Vermögensvermehrung betrachtet und darum verübt worden. In zahlreichen anderen Fällen dagegen hat der Schuldner überhaupt keine Vermögensvermehrung erfahren. Der zweite große Gesichtspunkt, der für die Auffassung des Aufwertungsproblems im Volke eine Rolle spielt, ist der, daß es den Grundhaft von Treu und Glauben verstoße, wenn vom Staate gegebene Zusicherungen nicht gehalten werden. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Staat das Volk im internationalen Verkehr vertritt, und daß die öffentlichen Organe in Deutschland in ihrer Haltung zum Aufwertungsproblem lediglich die Verhandlung zurückzuführen, die das Reich durch seine früheren Kriegsgegner erfahren hat und weiter erfährt. Die Alliierten haben aber gefordert, vertrieben, in den Friedensverträgen eine Forderung aufzustellen, daß die deutschen Anleihegläubiger auf ihre Ansprüche zugunsten der reparationsberechtigten Mächte verzichten sollen und damit erreicht, daß sich in Deutschland starke Spannungen zwischen Volk und Staat herausbildeten und behaupteten. Trotz aller Schwierigkeiten müssen jedoch Mittel gefunden werden, um den gegenwärtigen rechtlichen Zustand in einen rechtlichen zurückzuwandeln. Praktisch bedeutet dies, daß die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden in neue — allerdings stark verringerte — Rechtsansprüche für die Gläubiger umgewandelt werden. Jede Lösung ist zu begrüßen, die diesem Gesichtspunkt entspricht — und schnell erfolgt.

Demokratische Partei und Aufwertung.

Auf vom Hypothekengläubiger- und Sparrer-Gläubigerband an die Demokratische Partei gestellte Fragen hat diese geantwortet, daß die Demokratische Partei gewillt ist, in der Aufwertung erheblich über das bisher festgesetzte Maß hinauszugehen, sie sei bereit, Anträge zu stellen, die die Lage der Hypothekengläubiger und Sparrer verbessert. Sie sei ferner bereit, die Verzinsung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Schuldner unterschiedlich zu behandeln und als Kandidaten für die Reichstagswahlen nicht Interessenten sondern Persönlichkeiten zu nominieren. Die Demokratische Partei bittet den Verband, gegebenenfalls geeignete auf dem Boden der demokratischen Partei stehende Persönlichkeiten namhaft zu machen.

Die Uebergabe der Regiebahnen.

Vom Organisationskomitee der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist, wie wir von untrügender Stelle erfahren, die Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft in folgender Weise vereinbart worden: Die Uebergabe erfolgt mitternachts vom 15. zum 16. Novbr. 1924. Vor diesem Termin sind am 15. Oktober schon die Bahnhöfe Limburg-Schöben, der Hauptbahnhof Dortmund und die Strecke Dortmund-Lünen übergeben worden. Grundsätzlich ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft in keinem Falle Rechtsnachfolgerin der Regie. Es können also Ansprüche von Privaten an die Regie nicht bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft geltend gemacht werden. Das entspricht dem deutschen Standpunkt über die widerrechtliche Belegung der Rhein-Kubrubahnen. Die große Masse des Betriebspersonals wird vom 8. November ab ihren Dienst ausüben können. Vom 16. Nov. ab treten auf allen bisher von der Regie betriebenen Strecken wieder deutsche Tarife in Kraft. Die Tarifierung erfolgt nach den deutschen Bestimmungen. Ein Teil der Verträge ist von der Regie in toto zum 15. November gekündigt worden, für einen anderen Teil hat eine Kündigung von Fall zu Fall stattgefunden. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft tritt in die Verträge nicht ein, befreit sich aber vor, neue Verträge mit den früheren Vertragspartnern abzuschließen. Die privaten Anträge der Regiegebiete werden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beibehalten werden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um deutsche Vertragskontrahenten. Das Personal, das während des passiven Widerstandes bei der Regie aus den deutschen Eisenbahnen eingetroffen ist, muß nach dem Londoner Abkommen von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit übernommen werden. Die nach der Aufgabe des passiven Widerstandes bei der Regie eingetretenen deutschen Eisenbahner sind ohne weiteres zu übernehmen, da ihrem Eintritt in die Regie nach Aufgabe des passiven Widerstandes seitens der Reichsbahn kein Hindernis entgegengelegt wurde. Die von der Regie in Dienst gestellten Nicht-Eisenbahner (sog. auxiliares) umfassen etwa 4000 Angestellte und Arbeiter. Die Reichsbahn-Gesellschaft übernimmt sie in ihre Dienste, jedoch unter dem Vorbehalt der Verringerung gemäß der Abbauperioden. Die Gesellschaft behält sie noch drei Monate im Dienst oder zahlt ihnen für diese Dauer das Entkommen und die Nebenbezüge. Mindestens 300 von der Regie angestellte Arbeiter oder Angestellte behält die Gesellschaft bei nach ihrer Auswahl. Ueber die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Beförderungen und Gehaltsforderungen entscheidet ein gemischter Ausschuss. Die Regiebahnen, die jetzt übergeben werden, umfassen 8327 Kilometer, also etwa 10 Prozent des gesamten Reges der Deutschen Reichsbahn.

Bevorstehende Rückgabe der beschlagnahmten Wohnungen.

Paris. (Frankfurt.) Die Baa für Menschenrechte war beim Ministerpräsident Berriot vorstellig geworden, damit er in den besetzten Gebieten dafür sorge, daß den ausgewiesenen Deutschen die Rückkehr ermöglicht werde und daß ihre beschlagnahmten Wohnungen unverzüglich zurückgegeben werden. Berriot hat nunmehr geantwortet, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um die Freigabe der Wohnungen der Ausgewiesenen zu erleichtern. Die Beamtenwohnungen in den öffentlichen Gebäuden würden sofort wieder zurückgegeben werden. Außerdem werde auch die Rückkehr französischer Eisenbahner den Schwierigkeiten ein Ende machen, die noch hinsichtlich der Wohnungsfrage bestehen können.

Die Kreiswahlleiter für die Reichstagswahl.

Dresden. Das Gesamtministerium hat als Kreiswahlleiter für die Reichstagswahl am 7. Dezember bestimmt: Im 28. Wahlkreis Dresden-Bautzen: Geheimen Regierungsrat Dr. v. Seydewitz und zu seinem Stellvertreter Oberregierungsrat Dr. Wagner, im 29. Wahlkreis Leipzig: Oberregierungsrat Schäfer, Stellvertreter: Oberregierungsrat Dampel, im 30. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau: Stadtrat Dr. Härtwig, Stellvertreter: Stadtrat Dr. Schüller. Der Kreiswahlleiter für den 28. Wahlkreis Goh. Regierungsrat Dr. v. Seydewitz bei der Kreiswahlmännlichkeit Dresden ist zugleich Verbandswahlleiter für den Wahlkreisverband Sachsen. Oberregierungsrat Dr. Wagner ist auch für dieses Amt sein Stellvertreter. Kreiswahlleiter ist der Präsident des Statistischen Reichsamts Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, sein Stellvertreter Geh. Oberregierungsrat Reisinger im Statistischen Reichsamtsamt.

Vor der Landtagsauflösung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Landtagsauflösung. Dem Landtage ist ein sozialdemokratischer Antrag zugegangen, den Landtag aufzulösen und die Neuwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl vorzunehmen.

Vertretertag der Deutschenationalen Ostschlesens.

Am Donnerstag fand in Dresden eine Vertretertagung des Wahlkreisverbandes Ostschlesens der Deutschenationalen Volkspartei statt, die sich in der Hauptsache mit der Vorbereitung der Reichstags- und der Landtagswahlen beschäftigte. Dabei wurde festgestellt, daß die Zwischenzeit in sehr erfolgreicher Weise zum Ausbau der Parteiorganisation benutzt worden ist, sodas sich die Partei im Wahlkreise jetzt auf nicht weniger als 250 Ortsgruppen stützen kann. Die sehr eingehende Ausprache ergab die volle Einmütigkeit über die bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für Reichstag und Landtag zu beobachtenden Grundsätze und über die erörterten Personfragen. Mit gleicher Einmütigkeit wurde nochmals der Auffassung Ausdruck gegeben, daß eine Auflösung des Landtages unbedingt kommen und auf eine gleichzeitige Vorname der Reichstags- und der Landtagsneuwahlen hingewirkt werden muß.

Die Verhandlungen über die Steuermilderung.

Berlin. Die gestrigen Besprechungen im Finanzministerium mit den Vertretern der Länder über die in Aussicht genommenen Steuerminderungen konnten noch nicht zu Ende geführt werden. Sie sollen nunmehr in der nächsten Woche in den Reichsratsausschüssen fortgesetzt werden.

Die Tätigkeit der Kommunisten.

Berlin. Das System der kommunistischen Wahlprüfungen hat in größerem Umfang eingesetzt. Es liefen Meldungen von Wahlprüfungen, hauptsächlich der Versammlungen der Linksparteien, durch die Kommunisten ein aus Kiel, Flensburg und Domburg (Ruhr).

Kongress der deutschen Minderheiten in Berlin.

Berlin. Am 4. November werden die deutschen Minderheiten aus den europäischen Nachbarstaaten in Berlin zu einer Konferenz zusammentreten, zu der auch die Reichsregierung Vertreter entsenden wird. Es handelt sich darum, angesichts der besonders in Polen und in Rumänien häufig wachsenden Unterdrückung der deutschen Minderheiten über ein einheitliches Vorgehen zu beraten, das im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen soll. Die deutschen Minderheiten wollen mit der Reichsregierung über die Mittel und Wege beraten, wie am besten ein wirklich wirksamer Minderheiten-Schutz durchgeföhrt werden kann und welche Schritte zunächst bei den betreffenden Regierungen zu ergreifen sind. Als letztes Mittel käme dann die Anrufung des Völkerbundes in Frage, aber da erfahrungsgemäß das Eingreifen des Völkerbundes immer erst mit großer Verzögerung erfolgt, beabsichtigen die Minderheiten darauf, daß die Reichsregierung bereits vorher für alle Mittel bedient, um bei den betreffenden Regierungen eine gerechtere Behandlung der Deutschen durchzusetzen, und vor allem auch die wirtschaftlichen Druckmittel anzuwenden, die angesichts der bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen der Reichsregierung zur Verfügung stehen.

„Weihenstephan-Bier“ das Jawel bayrischer Braukunst. Vertreter R. Schwade, Riesa, Fernruf 49.